

## **Einladung**

zur 25. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation  
(Internationaler Ausschuss)  
am Donnerstag, 22. August 2019, 17.30 Uhr,  
**im Haus der Religionen, Böhmerstraße 8, 30173 Hannover**

---

### Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
2. Einwohner\*innenfragestunde
3. Antrag der Gruppe LINKE & PIRATEN zur Eindämmung der Klimakrise als Aufgabe von höchster Priorität  
(Drucks. Nr. 1429/2019)
4. Antrag der Gruppe LINKE & PIRATEN zur konkreten Unterstützung der zivilen Seenotrettung im Mittelmeer  
(Drucks. Nr. 1830/2019)
5. Bericht der Dezernentin
6. Aktuelles

Der Oberbürgermeister  
In Vertretung  
Tegtmeyer-Dette

## PROTOKOLL

25. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation  
(Internationaler Ausschuss)  
am Donnerstag, 22. August 2019,  
Haus der Religionen, Böhmerstraße 8, 30173 Hannover

Beginn 17.30 Uhr  
Ende 18.03 Uhr

---

### Anwesend:

Bürgermeister Hermann	(SPD)	
Ratsfrau Jeschke	(CDU)	
Ratsherr Finck	(SPD)	
Ratsfrau Iri	(SPD)	
Ratsherr Jacobs	(AfD)	
Ratsherr Klapproth	(CDU)	
Bürgermeisterin Kramarek	(Bündnis 90/Die Grünen)	
Ratsfrau Neveling	(Bündnis 90/Die Grünen)	
Ratsherr Wolf	(LINKE & PIRATEN)	i.V. Ratsherr Yildirim

### **Beratende Mitglieder:**

Frau Al-Amin  
Frau Bokah Tamejani 17.30 - 17.41 Uhr  
Herr Dipl.-Ing. Faridi  
Frau Hanesyan  
Herr Prof. Dr. Ing. Khoramnia  
Frau Marinova  
Herr Rademaker  
Herr Dr. Ramani

### **Verwaltung:**

Stadträtin Beckedorf, Dezernat III  
Frau Dr. Doering, 50.6  
Frau Fresemann, 50.60  
Frau Hannig-Schohaus, 50.60 (Protokoll)  
Herr Khoshbeen, 50.60 (Berichterstattung)

## Tagesordnung:

- I.           Ö F F E N T L I C H E R   T E I L
1.           Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
2.           Einwohner\*innenfragestunde
3.           Antrag der Gruppe LINKE & PIRATEN zur Eindämmung der Klimakrise als Aufgabe von höchster Priorität  
(Drucks. Nr. 1429/2019)
4.           Antrag der Gruppe LINKE & PIRATEN zur konkreten Unterstützung der zivilen Seenotrettung im Mittelmeer  
(Drucks. Nr. 1830/2019)
5.           Bericht der Dezernentin
6.           Aktuelles

## I. ÖFFENTLICHER TEIL

### TOP 1.

#### **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung**

**Vorsitzender Bürgermeister Hermann** eröffnet um 17:30 die Sitzung im Haus der Religionen und stellt die fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er führt einleitend aus, dass das Haus der Religionen in Deutschland einmalig sei. Er wolle zudem hinweisen auf den am 22. und 23. September stattfindenden Bundeskongress der Räte der Religionen, der vom Haus der Religionen veranstaltet werde.

**Ratsfrau Iri** gibt bekannt, dass die SPD-Fraktion den Antrag der Gruppe LINKE & PIRATEN zur Eindämmung der Klimakrise in die Fraktion ziehe, da der Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen zu diesem Thema eine Anhörung plane, deren Ergebnisse man zunächst abwarten wolle.

### TOP 2.

#### **Einwohner\*innenfragestunde**

**Ein Einwohner** stellt sich als Einbürgerungslotse der Landeshauptstadt Hannover vor. Seine Frage richte sich in erster Linie an die Ausschussmitglieder. Die Einbürgerungslots\*innen hätten Anfang Juni einen Brief an die Ausschussmitglieder geschrieben, in dem dargelegt worden sei, dass die Arbeit der Einbürgerungslots\*innen gegenwärtig nicht sinnvoll möglich sei. Eine Kollegin habe bezüglich dieser Probleme bereits in der Einwohner\*innenfragestunde der Junisitzung vorgesprochen. Er habe gehört, dass der Brief die Ausschussmitglieder erreicht habe. Eine Antwort hätten sie bislang jedoch nur von der CDU-Fraktion erhalten. Es sei befremdlich, dass man von den anderen Parteien nichts gehört habe. Von anderer Seite sei jedoch ein Gesprächstermin angeboten worden. Er frage die Ausschussmitglieder, wie sie zu diesem Thema stünden und wolle gerne Antworten mitnehmen.

**Vorsitzender Bürgermeister Hermann** weist darauf hin, dass in der Einwohner\*innenfragestunde gemäß der Geschäftsordnung nur Fragen an die Verwaltung gestellt werden könnten. Die Politiker\*innen dürften nicht antworten. Er schlage daher vor, dass er, in seiner Funktion als Ausschussvorsitzender, den geäußerten Appell an die Fraktionen, die sich noch nicht zurückgemeldet hätten, weiterleite, und diese darum bitte, sich rasch zurückzumelden.

**Stadträtin Beckedorf** fügt hinzu, dass es am 30.9.2019 ein Gespräch im Dezernat III mit dem zuständigen Dezernenten Herrn von der Ohe und den Einbürgerungslots\*innen geben werde. Es habe bei der Terminabstimmung gewisse Probleme in der Kommunikation zwischen der Verwaltung und der Vertretung der Einbürgerungslots\*innen gegeben.

### TOP 3.

#### **Antrag der Gruppe LINKE & PIRATEN zur Eindämmung der Klimakrise als Aufgabe von höchster Priorität (Drucks. Nr. 1429/2019)**

## **Auf Wunsch der SPD in die Fraktionen gezogen**

### **TOP 4.**

#### **Antrag der Gruppe LINKE & PIRATEN zur konkreten Unterstützung der zivilen Seenotrettung im Mittelmeer (Drucks. Nr. 1830/2019)**

**Ratsherr Wolf** führt aus, dass der Ort der Ausschusssitzung als Ort der Humanität symbolisch für das stehe, was alle Ausschusssmitglieder verträten. Die Situation auf dem Mittelmeer habe sich in den letzten Monaten verschärft, da es der italienische Innenminister Salvini für die humanitären Organisationen unmöglich gemacht habe, mit ihren Schiffen anzulegen. Die Crewmitglieder dieser Schiffe würden mittlerweile mit Haft bis zu zehn Jahren und Strafen in Millionenhöhe bedroht. Schiffe seien zudem konfisziert worden, so dass sich aktuell nur noch zwei Schiffe im Einsatz befänden. Allein am vergangenen Wochenende seien wieder mehrere hundert Menschen ertrunken. Es sei jetzt an der Zeit, zu der im Februar beschlossenen Entscheidung, Hannover zu einem sicheren Hafen zu machen, zu stehen. Mit dem vorliegenden Antrag könne man nun etwas Konkretes tun. Die Gruppe LINKE & PIRATEN wolle, dass die Landeshauptstadt Hannover die Organisationen, die zurzeit noch auf dem Mittelmeer unterwegs seien, mit dem symbolischen Betrag von 11.111 Euro unterstütze. Es sei darüber hinaus beantragt, bei der Einwerbung weiterer Geldspenden zu unterstützen oder Erlöse beispielsweise aus der Fahrrad- bzw. Fundsachenversteigerung der Landeshauptstadt Hannover an die entsprechenden Vereine weiterzuleiten. Er würde einen gemeinsamen Entschluss der Fraktionen begrüßen.

**Ratsfrau Iri** sagt bezugnehmend auf die Ausführungen von Herrn Wolf, dass es der richtige Schritt gewesen sei, Hannover zum sicheren Hafen zu erklären. Mit dem vorliegenden Antrag habe die SPD-Ratsfraktion aber gewisse Schwierigkeiten, weshalb sie den Antrag ablehnen werde. Bei den aufgelisteten Vereinen handele es sich nicht um kommunale Vereine. Als Kommune schaue man, dass man Vereine, Verbände und freie Träger in der Landeshauptstadt Hannover fördere. Auch die Weiterleitung von Erlösen aus der Fahrrad- und Fundsachenversteigerung sei problematisch. Es sei nicht die Aufgabe der Landeshauptstadt Hannover, Erlöse einzuwerben und diese dann zu spenden.

**Ratsfrau Jeschke** informiert, dass auch die CDU-Fraktion den Antrag ablehnen werde. Die Schritte, die die Stadt und dieser Ausschuss hätten machen können, seien mit der Erklärung der Landeshauptstadt Hannover zum sicheren Hafen gemacht worden, was die CDU auch mitgetragen habe. Sie wolle ebenso wenig hinter den Worten der Bundeskanzlerin zurückstehen, die eingefordert habe, ein staatliches Rettungsprogramm neu aufzulegen. Es sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt aber nicht die Aufgabe der Landeshauptstadt Hannover, für Vereine, die man teilweise auch gar nicht kenne, Geld bereitzustellen. Dies sei vielmehr die Aufgabe der Vereine selbst. In aktuellen Fällen der Seenotrettung, die in Italien angelandet seien, habe die Bundesrepublik sich zur Aufnahme der geretteten Menschen bereit erklärt. Auch Hannover nehme permanent Geflüchtete auf. Im Bauausschuss sei am Vortag zu erfahren gewesen, dass dies gegenwärtig an die 50 Personen monatlich seien. Hannover erfülle also seine kommunale Aufgabe in der Unterbringung von Geflüchteten, sodass die konkrete Unterstützung für den vorliegenden Antrag unnötig sei.

**Ratsherr Jacobs** erklärt, dass auch die AfD-Fraktion den Antrag ablehnen werde. Die Aussage von Herrn Wolf, dass Herr Salvini die Häfen geschlossen habe, sei zwar richtig. Die spanische Regierung handele ähnlich, da sie die Strafen für diese Art der Seenotrettung drakonisch erhöht habe, weshalb kein Schiff mehr in einen spanischen Hafen fahre. Er halte es für falsch, hier allein Herrn Salvini zu verurteilen. Zum zweiten sei die Seenotrettung ein

Gebot der Länder, die vor Ort seien. Die AfD sei der Meinung, dass die Menschen in Afrika bleiben müssten und nicht nach Europa gebracht werden sollten. Dies sei für die AfD der wichtigste Punkt. Wenn man die Menschen rette und wieder zurückbringe, nehme man den Schlepperbanden das Geschäftsmodell. Erst dann werde auch das Sterben aufhören. Es sei völlig unzweifelhaft, dass irgendwo Möglichkeiten geschaffen werden müssten, die wenigen Berechtigten, die tatsächlich verfolgt würden, nach Europa hereinzulassen. Die Mehrheit der Personen, die im Augenblick kämen, sei nachweislich nicht verfolgt. Wenn diese Personen erst einmal hier angekommen seien, hätten sie die Möglichkeiten, sich durchzuklagen und über Jahre und Jahrzehnte hierzubleiben. Dies sei nicht im Sinne des Asylgesetzes, weswegen die AfD den Antrag ablehnen werde.

**Ratsfrau Neveling** sagt, dass sich die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN für den Antrag bedanke. Hannover sei als sicherer Hafen zu stärken. Leider könne ihre Fraktion dem Antrag aber nicht zustimmen, da er in der vorliegenden Form nicht weit genug gehe. Man erwarte, dass Hannover als sicherer Hafen bei der Neuauflage des Lokalen Integrationsplanes berücksichtigt werde. In diesem Zuge solle vor allem das Ankommen in Hannover thematisiert werden, aber auch die notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung. Weitergehend sollten die Bereiche Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung verstärkt werden. Die Vernetzung zwischen den städtischen und zivilgesellschaftlichen Stellen sei ein weiteres Thema. Anstelle von „Ablasszahlungen“ solle das Verständnis als sicherer Hafen in allen Strukturen der Stadt und an allen Stellen verankert sein. Daher stimme die Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN dem Antrag in der vorliegenden Form nicht zu.

**Ratsherr Wolf** bittet die Ausschussmitglieder darum, noch einmal den ersten Satz des Antrages zu lesen. Darin stehe, dass die Verwaltung beauftragt werde zu prüfen, welche Handlungsmöglichkeiten die Landeshauptstadt Hannover habe. Es handele sich in diesem Sinne eher um einen Prüfauftrag. Dieser sei offen genug gefasst, dass man sich einigen könne. Er wolle zudem Herrn Jacobs erwidern, dass Spanien am Vortag ein Schiff ins südliche Mittelmeer geschickt habe, um die Geflüchteten aufzunehmen, die nicht vom Schiff des Vereins Open Arms herunterkämen.

**1 Stimme dafür, 8 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen**

## **TOP 5.**

### **Bericht der Dezernentin**

**Stadträtin Beckedorf** informiert, dass der Ideenwettbewerb des Gesellschaftsfonds Zusammenleben mit dem Thema „Zugänge zur Versorgung ermöglichen. Lebensqualität von Obdach- und Wohnungslosen in Hannover verbessern“ gestartet sei. Die Bewerbungsfrist laufe bis zum 25.9.2019. Jury und Verwaltung hofften auf das Einreichen vieler Projektideen. Zum zentralen Thema der nächsten anderthalb bis zwei Jahre, dem Lokalen Integrationsplan, wolle sie informieren, dass die Vorbereitungen sehr intensiv liefen. Am 17. und 18.1.2020 werde die Auftaktveranstaltung stattfinden, und sie bitte darum, diesen Termin im Kalender zu reservieren. Man sei momentan dabei, eine Beschlussdrucksache zur Besetzung der Lenkungsgruppe und der Expert\*innengruppe zu fertigen, die auf der nächsten Ausschusssitzung vorgelegt werde. Nach einem Termin für die geplante Klausurtagung werde derzeit gesucht. Sie wolle ferner auf den Internetauftritt zum Thema LIP 2.0 auf hannover.de hinweisen, den man auch bei Facebook finde. Man freue sich, wenn die Seite geteilt werde und man Likes vergebe, damit das Thema starke Verbreitung finde. In eigener Sache weise sie darauf hin, dass mittlerweile vier Protokolle der Ausschusssitzungen ausstünden. Diese lägen bereits vor, hätten aber aufgrund von Urlaubsabwesenheiten nicht rechtzeitig weitergereicht werden können.

**TOP 6.**  
**Aktuelles**

**Bürgermeisterin Kramarek** verkündet, dass sie eine Anmerkung zu einer Beschlussdrucksache, die vertraulich zugesandt worden sei, machen wolle. Diese gehe laut Beratungsfolge zunächst in den Stadtbezirksrat Ahlem Badenstedt Davenstedt, dann in den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss und anschließend in den Verwaltungsausschuss. Die Drucksache betreffe aber auch den Internationalen Ausschuss massiv, weswegen sie nicht verstehe, dass er für diesen nur zur Kenntnis ausgezeichnet sei. Ihre Fraktion wolle beantragen, dass diese Beschlussdrucksache auch in den Internationalen Ausschuss gehe.

**Es wird beschlossen, diesen Punkt im vertraulichen Teil zu behandeln.**

Vorsitzender Bürgermeister Hermann schließt die Sitzung um 18:03 Uhr.

Stadträtin Beckedorf

Hannig-Schohaus (für das Protokoll)



In

- den Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen
- den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
- den Schul- und Bildungsausschuss
- Jugendhilfeausschuss
- den Ausschuss für Integration, Europa und internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
- Kulturausschuss
- den Ausschuss für Angelegenheiten des Geschäftsbereichs des Oberbürgermeisters
- den Sportausschuss
- den Organisations- und Personalausschuss
- die Betriebsausschüsse für
  - a) Städtische Häfen
  - b) Hannover Congress Centrum
  - c) Stadtentwässerung
- den Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten
- den Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Rechnungsprüfung
- den Verwaltungsausschuss
- die Ratsversammlung

Schmiedestraße 39  
30 159 Hannover

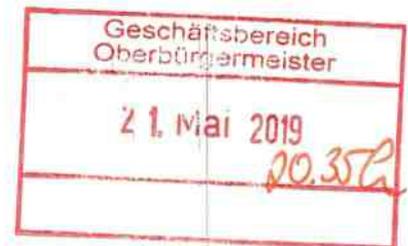
Bruno Adam Wolf  
stellv. Gruppenvorsitzender

☎ 05 11 - 168 326 00

☎ 05 11 - 168 326 08

linke.piraten@hannover-rat.de

2019-05-21



## Antrag

gemäß §§ 10 und 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover

### **EINDÄMMUNG DER KLIMAKRISE ALS AUFGABE VON HÖCHSTER PRIORITÄT**

#### **zu beschließen:**

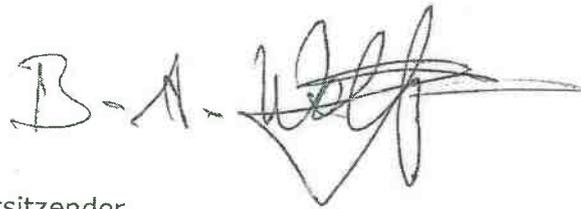
1. Der Rat erklärt den Klimanotstand\* und erkennt damit die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an.
2. Der Rat begrüßt ausdrücklich das Engagement der „Friday-for-Future“-Bewegung und aller anderen Menschen und Initiativen, die sich in Hannover, Europa und der Welt für Klimaschutz einsetzen.
3. Der Rat fordert die Verwaltung der Landeshauptstadt Hannover auf, künftig bei jeglichen Entscheidungen die Auswirkungen auf das Klima zu berücksichtigen und bevorzugt Lösungen zu suchen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken. Hierzu wird künftig für Beschlussvorlagen der Verwaltung eine Rubrik „Auswirkungen auf den Klimaschutz“ verpflichtender Bestandteil.
4. Der Rat fordert die Verwaltung auf, bei allen Institutionen und Organisationen, in denen die Landeshauptstadt Hannover Mitglied ist, darauf hinzuwirken, dass diese sich ebenfalls verstärkt für die Eindämmung der Klimakrise engagieren. Über die Ergebnisse ist dem Rat jährlich zu berichten.
5. Der Rat fordert die städtischen Betriebe sowie Unternehmen mit städtischer Beteiligung auf, sich verstärkt mit ihren Möglichkeiten im Klimaschutz auseinanderzusetzen.

*Begründung: (siehe nächste Seite)*

Eine der größten Bedrohungen des 21. Jahrhunderts ist der von Menschen verursachte Klimawandel. Die von der „Fridays-for-Future“-Bewegung angeregte Ausrufung des Klimanotstands soll dazu dienen, „alle Kräfte aus Politik und Bevölkerung zu bündeln, um gemeinsam sofortige und entschlossene Anstrengungen zum Klimaschutz zu leisten“.

Der Klimawandel ist nicht nur eine ökologische Frage, sondern hat unmittelbare Auswirkungen auf die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten, in Hannover wie überall auf der Welt. In unserer Kommune haben wir die Möglichkeit, durch bewusste Steuerung die ökologischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Belange klug miteinander zu verzahnen.

Bei allen Handlungen und Beschlüssen der Landeshauptstadt Hannover müssen künftig stets auch die Auswirkungen auf das Klima berücksichtigt werden. Ziel muss sein, bei allen Maßnahmen negative Auswirkungen auf das Klima zu vermeiden bzw. so gering wie möglich zu halten, bzw. Maßnahmen mit höherer Klimafreundlichkeit zu fördern. Dieser Grundsatz muss auch auf die städtischen Betriebe bzw. Beteiligungen übertragen werden, um das Ziel einer klimaneutralen Landeshauptstadt besser erreichen zu können.

A handwritten signature in black ink, consisting of the initials 'B-A' followed by a stylized, cursive signature.

Bruno Adam Wolf  
stellv. Gruppenvorsitzender

*\* Der Begriff „Klimanotstand“ ist symbolisch zu verstehen und soll keine juristische Grundlage für die Ableitung von Notstandsmaßnahmen sein.*

In

- den Ausschuss für Integration, Europa und internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
- den Jugendhilfeausschuss
- den Sozialausschuss
- den Ausschuss für Angelegenheiten des Geschäftsbereichs des Oberbürgermeisters
- den Organisations- und Personalausschuss
- den Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Rechnungsprüfung
- den Verwaltungsausschuss
- die Ratsversammlung

Schmiedestraße 39  
30159 Hannover

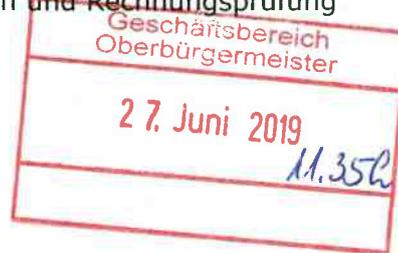
Bruno Adam Wolf  
stellv. Gruppenvorsitzender

☎ 05 11 - 168 326 00

☎ 05 11 - 168 326 08

linke.piraten@hannover-rat.de

2019-06-26



## Antrag

gemäß §§ 10, 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover

### **Konkrete Unterstützung der zivilen Seenotrettung im Mittelmeer**

#### **zu beschließen:**

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten der Landeshauptstadt Hannover zur Verfügung stehen, die zivile Seenotrettung im Mittelmeer konkret zu unterstützen, beispielsweise

- mit einem Betrag z.B. in Höhe von 11.111 Euro an eingetragene Vereine wie *Jugend rettet e.V.*<sup>1</sup>, *Mission Lifeline e.V.*<sup>2</sup>, *Sea-Eye e.V.*<sup>3</sup> oder *Sea-Watch e.V.*<sup>4</sup>,
- mit Einwerbung und Weitergabe von Geldspenden an derartige Vereine,
- durch Weiterreichung von Erlösen, etwa aus Fahrrad- und Fundsachenversteigerungen der Landeshauptstadt an derartige Vereine.

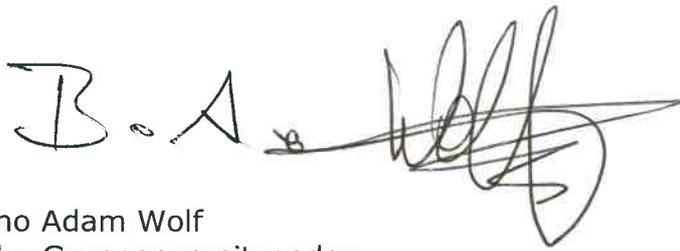
#### *Begründung:*

*„Der Rat der Landeshauptstadt Hannover ist auch weiterhin bereit, Geflüchteten – auch solchen, die in Seenot geraten sind – im Rahmen der kommunalen und rechtlichen Möglichkeiten Obdach und Hilfe zu gewähren, und versteht in diesem Sinne die Landeshauptstadt Hannover als ‚sicheren Hafen‘.“* So lautet eine wichtige politische Aussage, die der Rat der Landeshauptstadt Hannover in seiner Sitzung am 28. Februar 2019 mit Annahme der Drucksache 2895/2018 N1<sup>5</sup> getroffen hat. Eine sehr große Mehrheit der Ratsmitglieder hat sich damit zu der Verantwortung bekannt, auch künftig Menschen zu helfen, die durch Krieg, Verfolgung und andere Notlagen ihre Heimat verlassen haben und in Deutschland Zuflucht suchen.

Mit sechs internationalen Städtepartnerschaften<sup>6</sup> und weiteren sieben Städtepartnerschaften von Stadtbezirken<sup>7</sup>, zahlreichen Städtekooperationen<sup>8</sup>, der Mitgliedschaft in zehn Städtenetzwerken<sup>9</sup> sowie dem Ratsbeschluss zum Beitritt in den internationalen Städtebund „DIE HANSE“<sup>10</sup> e. V. trägt die Landeshauptstadt Hannover zum globalen Zusammenwachsen der Städte bei und unterstützt damit das vertrauens- und respektvolle Miteinander über Ländergrenzen hinweg.

Vertrauen in ihre Länder und Städte ist vielen Flüchtlingen hingegen abhandengekommen. Sie begeben sich auf gefährvolle Wege bei der Suche nach Humanität, Menschenwürde und das Recht auf körperliche Unversehrtheit.

Damit die Resolution des Rates zum Sicheren Hafen vom 28. Februar 2019 nicht nur eine Absichtserklärung bleibt, bei der die Landeshauptstadt zur Durchführung konkreter Maßnahmen auf die Unterstützung und den Willen von Land und/oder Bund angewiesen ist, soll die Verwaltung formell prüfen, wie Hannover eigenverantwortliche Unterstützung bei der zivilen Seenotrettung leisten kann.



Bruno Adam Wolf  
stellv. Gruppenvorsitzender

<sup>1</sup> [www.jugendrettet.org](http://www.jugendrettet.org)

<sup>2</sup> [www.mission-lifeline.de](http://www.mission-lifeline.de)

<sup>3</sup> [www.sea-eye.org](http://www.sea-eye.org)

<sup>4</sup> [www.sea-watch.org](http://www.sea-watch.org)

<sup>5</sup> <https://e-government.hannover-stadt.de/lhhsimwebre.nsf/DS/2895-2018N1>

<sup>6</sup> Bristol/Großbritannien (seit 1947), Perpignan/Frankreich (seit 1960), Rouen/Frankreich (seit 1967), Blantyre/Malawi (seit 1968), Poznań/Polen (seit 1979) und Hiroshima/Japan (seit 1983)

<sup>7</sup> Ahlem-Badenstädt-Davenstedt: Petit-Couronne/Frankreich (seit 1967); Misburg-Anderten: Bollnäs/Schweden (seit 1961), Shepton Mallet/Großbritannien (seit 1961), Oissel-sur-Seine/Frankreich (seit 1969), Flekkefjord/Norwegen (seit 1970), Kankaanpää/Finnland (seit 1970) sowie Morsö/Dänemark (seit 1970)

<sup>8</sup> u.a. mit Changde und Shenzhen (China), Jekaterinburg und Ivanovo (Russland), Kansas City (Vereinigte Staaten von Amerika), Ottawa (Kanada) sowie Belén de los Andaquies (Kolumbien)

<sup>9</sup> auf europäischer Ebene: Climate-Alliance, Council of European Municipalities and Regions, Covenant of Mayors, European Coalition of Cities Against Racism und European Forum for Urban Safety;

auf internationaler Ebene: ICLEI Local Governments for Sustainability, International Cities of Refuge Network (ICORN), Mayors for Peace, Rainbow Network und UNESCO Cities of Music.

<sup>10</sup> <https://e-government.hannover-stadt.de/lhhsimwebre.nsf/DS/2493-2017>